



Bericht

des Landtagspräsidenten gemäß § 28 des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (SH AbgG) über die Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten

I.

Nach § 28 SH AbgG erstattet die Präsidentin oder der Präsident dem Landtag jedes Jahr (Stand: 31. Mai) einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages und legt zugleich einen Vorschlag zu deren Anpassung vor.

Im letzten Jahr habe ich auf den Bericht verzichtet und daher auch keinen Vorschlag für die Anpassung vorgelegt. Dabei habe ich mich von folgenden Umständen leiten lassen:

Im Juli 2000 hatte das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung zu dem Abgeordnetengesetz des Landes Thüringen (2 BvH 3/91) getroffen, die von grundlegender Bedeutung auch für das System der Abgeordnetenentschädigung in Schleswig-Holstein ist. Deshalb hatte ich in meinem Bericht vom 20. September 2000 (Drs. 15/390) vorgeschlagen, eine Unabhängige Sachverständigenkommission mit einer umfassenden Überprüfung zu beauftragen.

Im Einvernehmen mit allen Fraktionen hatte ich daher im Januar 2001 eine Sachverständigenkommission berufen, der

- Professor Dr. Ernst Benda (Vorsitzender)
- Dr. Bernd Buchholz
- Professor Dr. Hans Heinrich Driftmann
- Dr. Gernot Korthals (stellvertretender Vorsitzender)
- Professor Dr. Christine Landfried
- Dr. Dietrich Rümker

angehörten. Die Sachverständigenkommission hat ihre Arbeit am 19.12.2001 abgeschlossen und mir ihre Empfehlungen zu Fragen der Abgeordnetenentschädigung (Drs. 15/1500) am selben Tag überreicht.

Bereits damals habe ich mich für eine zwar sorgfältig beratene, aber gleichwohl zügige Veränderung der Strukturen der Abgeordnetenentschädigung und der Aufwandsentschädigung auf Basis der Kommissionsempfehlungen ausgesprochen. Mit den Vorschlägen der unabhängigen Sachverständigenkommission hat sich ab Ende Januar 2002 eine unter meiner Leitung stehende Arbeitsgruppe aus Vertretern aller Fraktionen befasst. Ihre einvernehmlichen Empfehlungen sind in den Fraktionen beraten worden. Auf dieser Basis haben die Fraktionen von SPD, CDU und FDP sowie die Abgeordneten des SSW den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Drs. 15/1953) sowie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag (Drs. 15/1961) zu diesem Gesetzentwurf dem Landtag zugeleitet. Der Gesetzentwurf ist in der 64. Sitzung des Landtags am 20. Juni 2002 in Erster Lesung behandelt und zusammen mit dem Antrag an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen worden.

Da auf Grund der notwendigen sorgfältigen Beratung der vorliegenden Vorschläge die ursprünglich von allen beabsichtigte umgehende Strukturänderung auf sich warten lassen wird, muss ich entsprechend der gesetzlichen Regelung über die Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten berichten und einen Vorschlag zur Anpassung vorlegen. Ein weiteres Abwarten ist mir nicht mehr möglich.

II.

Die **Grundentschädigung** gemäß § 6 Abs. 1 AbgG stellt das berufliche Einkommen der Abgeordneten aus ihrer parlamentarischen Tätigkeit dar. Sie hat die Unabhängigkeit der Abgeordneten zu sichern und muss während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Parlament eine ausreichende Existenzgrundlage für sie und ihre Familien sein. Sie muss der Bedeutung des Amtes unter Berücksichtigung der damit verbundenen Verantwortung und Belastung gerecht werden.

Seit dem 1. Januar 2001 beträgt die Grundentschädigung monatlich 3.926,72 €. Sie wird zwölfmal im Jahr gezahlt und ist zu versteuern.

Unter Berücksichtigung des Durchschnitts der Tarifabschlüsse für die Jahre 2001 und 2002 ist eine Anhebung der Grundentschädigung nach § 6 Abs. 1 SH AbgG um 5,7 % angemessen. Der Betrag setzt sich zusammen aus der wegen der angestrebten Neuordnung unterbliebenen Anpassung für das Jahr 2002 in Höhe von 2,5 % und aus der Anpassung für 2003 in Höhe von 3,2 %.

Ich schlage somit vor, die Grundentschädigung ab dem 1. Januar 2003 um 5,7 % auf 4.150,54 € monatlich anzuheben.

III.

Die **zusätzlichen Entschädigungen** für besondere parlamentarische Funktionen gemäß § 6 Abs. 2 AbgG sind als Einkommensbestandteil ebenfalls zu versteuern, werden zwölfmal im Jahr gezahlt und variieren je nach Funktion der Betroffenen zwischen 20 % und 125 % eines Basisbetrages von 3.625,06 €.

In meinem letzten Bericht vom 20. September 2000 hatte ich in der Erwartung, dass es möglich sei, rasch eine den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts entsprechende Veränderung des Systems der Abgeordnetenentschädigung umzusetzen, vorgeschlagen, keine Erhöhung des Basisbetrages vorzunehmen. Zwar ist mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf und dem Antrag der Weg zu einer umfassenden Reform der Abgeordnetenentschädigung eingeleitet worden, die notwendige sorgfältige Beratung wird aber noch einige Zeit beanspruchen.

Deshalb muss bis zur Umsetzung dieser Reform das geltende System weiterhin die Grundlage für die Entschädigung der Abgeordneten bilden. Eine erneute Abkopplung des Basisbetrages für die Berechnung der Funktionszulagen von der Erhöhung der Grundentschädigung würde jedoch einen Eingriff in das geltende System bedeuten.

Aus diesen Überlegungen heraus schlage ich vor, ab dem 1. Januar 2003 den Betrag nach § 6 Abs. 2 SH AbgG ebenfalls um 5,7 % auf 3.831,67 € anzuheben.

IV.

Die **steuerfreien Aufwandsentschädigungen** gemäß §§ 8 ff. AbgG sind nicht dem Einkommen der Abgeordneten zuzurechnen. Sie stellen vielmehr den Ausgleich für den tatsächlich entstandenen, sachlich angemessenen und mit dem Mandat verbundenen besonderen Aufwand der Abgeordneten dar.

Die Fragen der **Kostenpauschale**, des **Tagegeldes**, des **Übernachtungsgeldes** und der **Fahrkostenerstattung** waren ebenfalls Gegenstand der Beratung der Unabhängigen Sachverständigenkommission. Bis zu einer Neuregelung auf der Grundlage der Vorschläge der Kommission sollten diese Aufwandsentschädigungen unverändert bleiben.

Die **Mitarbeiterkostenerstattung** gemäß § 9 Abs. 3 AbgG ermöglicht die Erstattung der nachgewiesenen Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis zu einer Höhe von derzeit 841,08 € monatlich. Dieser Höchstbetrag ist nach Ziff. I. 1.3. der Ausführungsbestimmungen zum Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetz an einen Tariflohn angelehnt. Danach sollen die Abgeordneten die Möglichkeit haben, eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter 10 Stunden wöchentlich mit einer Vergütung entsprechend Vergütungsgruppe VI b BAT zu beschäftigen. Eingerechnet worden sind die Zahlung einer allgemeinen Zulage, einer Weihnachtsgeldzuwendung und eines Urlaubsgeldes sowie die Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung).

Entsprechend den zugrunde zu legenden Rahmendaten schlage ich deshalb vor, die Mitarbeiterkostenerstattung um 1,7 % auf – abgerundet – 855 € zu erhöhen.

V.

Die haushaltsmäßigen Konsequenzen meiner Vorschläge führen im Jahre 2003 für den Landtag zu einer Mehrbelastung in Höhe von

365.700,00 €.

Einzelheiten sind aus der Anlage zu diesem Bericht ersichtlich.

VI.

Nach geltendem Verfassungsrecht hat der Landtag selbst über die Vorschläge zur Anpassung der Entschädigung und der Aufwandsentschädigung zu beschließen. Diese Entscheidung des Parlaments in eigener Sache ist immer wieder Diskussionsgegenstand. Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch dieses Verfahren 1975 in seinem Diätenurteil ausdrücklich verlangt:

„In einer parlamentarischen Demokratie lässt es sich nicht vermeiden, dass das Parlament in eigener Sache entscheidet, wenn es um die Festsetzung der Höhe und um die nähere Ausgestaltung der mit dem Abgeordnetenstatus verbundenen finanziellen Regelungen geht. Gerade in einem solchen Fall verlangt aber das demokratische und rechtsstaatliche Prinzip (Artikel 20 GG), dass der gesamte Willensbildungsprozess für den Bürger durchschaubar ist und das Ergebnis vor Augen der Öffentlichkeit beschlossen wird. Denn dies ist die einzige wirksame Kontrolle. Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich“ (BVerfG 40, 297, 327)

Heinz-Werner Arens

Anlagen:

Anlage 1 „Übersicht der haushaltmäßigen Konsequenzen der Vorschläge des Landtagspräsidenten“

Anlage 2 „Kennziffern zur Einkommens- und Preisentwicklung und Übersicht zur Entwicklung des Volkseinkommens im bisherigen Bundesgebiet“

Anlage 1

**Übersicht der haushaltsmäßigen Konsequenzen
der Vorschläge des Landtagspräsidenten**

1. Grundentschädigung nach § 6 Abs. 1 SH AbgG (+ 5,7 v.H.):

3.926,72 € x 5,7 % = **223,82 €**

223,82 €	X 85 Abg.	X 12 Mon.	=	228.296,40 €
55,96 €	X 4 Abg.	X 12 Mon.	=	2.685,08 €
			Mehr	230.981,48 €

2. Zusätzliche Entschädigung nach § 6 Abs. 2 SH AbgG (+ 5,7 v.H.):

3.625,05 € x 5,7 % = **206,62 €**

Nr. 1	100 %	206,62 €	X 1 Abg.	X 12 Mon.	=	2.479,44 €
Nr. 2	50 %	103,31 €	X 2 Abg.	X 12 Mon.	=	2.479,44 €
Nr. 3	20 %	41,32 €	X 9 Abg.	X 12 Mon.	=	4.462,56 €
Nr. 4	125 %	258,27 €	X 4 Abg.	X 12 Mon.	=	12.396,96 €
Nr. 5	75 %	154,96 €	X 1 Abg.	X 12 Mon.	=	1.859,52 €
Nr. 6	75 %	154,96 €	X 4 Abg.	X 12 Mon.	=	7.438,08 €
Nr. 7	30 %	61,98 €	X 8 Abg.	X 12 Mon.	=	5.950,08 €
Nr. 8	20 %	41,32 €	X 22 Abg.	X 12 Mon.	=	<u>10.908,48 €</u>
					Mehr	47.974,56 €

3. Von § 6 Abs. 1 SH AbgG abhängige Altersentschädigung nach § 17 ff. SH AbgG:

Höhe der derzeitigen von § 6 Abs. 1 SH AbgG abhängigen
Altersentschädigung 1.258.656,00 € x 5,7 % **Mehr 71.743,40 €**

4. Mitarbeiterkostenerstattung gem. § 9 Abs. 3 SH AbgG

Empfohlene Anhebung um 14,00 € x 89 x 12 = **Mehr 14.952,00 €**

Haushaltsmäßige Mehrbelastung

insgesamt 365.651,44 €

Kennziffern zur Entwicklung der Lebenshaltung und der Bruttoverdienste in der Bundesrepublik Deutschland

Jahr ¹ ____ Monat	Preisindex der Lebenshaltung alle privaten Haushalte 1995 \triangle 100				Indizes der Bruttowochenverdienste im früheren Bundesgebiet ³ Okt. 1995 \triangle 100						Beamten- besoldung ⁷		Volks- ein- kommen ⁸	Arbeit- nehmer- entgelt ⁹	BIP ¹⁰ Schleswig- Holstein		Steuerpflichtige Abgeordneten - entschädigung ⁷ in Schleswig- Holstein	
	Deutschland ²		früheres Bundesgebiet ³		Arbeiter ⁴		Ange- stellte ⁵		Durch- schnitt ⁵						nom.	real		
	1995 \triangle 100	Verän- derung in % ^a	1995 \triangle 100	Verän- derung in % ^a	Okt. 1995 \triangle 100	Verän- derung in % ^a	Okt. 1995 \triangle 100	Verän- derung in % ^a	Okt. 1995 \triangle 100	Verän- derung in % ^a	1991 \triangle 100	Verän- derung in % ^a	Verän- derung in % ^a	Verän- derung in % ^a	Veränderung in % ^a	Monats- betrag in DM	Verän- derung in % ^a	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1992	91,6	5,0	92,5	3,9	88,7	4,0	89,6	5,0	89,2	4,6	105,4	5,4	8,2	10,5	5,6	1,8	6 680	5,0
1993	95,7	4,5	95,8	3,6	90,8	2,4	93,2	4,0	92,0	3,1	108,6	3,0	2,5	4,1	1,7	- 1,2	6 680	x
1994	98,3	2,7	98,4	2,7	94,6	4,2	95,4	2,4	95,0	3,3	110,8	2,0	3,9	3,0	3,5	0,9	6 930	3,7
1995	100,0	1,7	100,0	1,6	99,0	4,7	98,5	3,2	98,8	4,0	114,3	3,2	4,1	3,6	4,1	2,0	7 150	3,2
1996	101,4	1,4	101,3	1,3	100,0	1,0	101,5	3,0	100,8	2,0	114,3 ^b	x ^b	2,0	1,3	2,2	1,1	7 150	x
1997	103,3	1,9	103,2	1,9	101,2	1,2	103,1	1,6	102,2	1,4	115,8	1,3	2,1	0,8	1,9	1,2	7 260	1,5
1998	104,3	1,0	104,1	0,9	103,3	2,1	105,2	2,0	104,3	2,1	117,5	1,5	1,9	1,0	1,5	0,6	7 350	1,2
1999	104,9	0,6	104,8	0,7	105,7	2,3	107,9	2,6	106,8	2,4	120,9	2,9	0,3	1,2	1,9	1,8	7 460	1,5
2000	106,9	1,9	106,9	2,0	108,8	2,9	110,6	2,5	109,7	2,7	120,9	x ^c	1,0	1,2	0,5	0,9	7 570	1,5
2001	109,6	2,5	109,4	2,3	110,6	1,7	113,8	2,9	112,2	2,3	123,1	1,8	1,5	1,6	1,6	0,2	7 680	1,5
2001																		
Jan.	108,3	2,4	108,2	2,4	108,2	2,0	112,4	2,7	110,3	2,3								
Febr.	109,0	2,6	108,9	2,6														
März	109,1	2,5	109,0	2,5														
April	109,5	2,9	109,3	2,8	110,8	1,9	113,0	2,7	111,9	2,3								
Mai	110,0	3,5	109,8	3,4														
Juni	110,2	3,1	110,0	3,0														
Juli	110,2	2,6	110,0	2,5	111,2	1,0	114,1	2,8	112,7	1,9								
August	110,0	2,6	109,8	2,4														
Sept.	110,0	2,1	109,8	2,0														
Okt.	109,7	2,0	109,5	2,0	110,9	0,6	114,6	2,4	112,8	1,5								
Nov.	109,5	1,7	109,3	1,5														
Dez.	109,6	1,7	109,4	1,6														
2002																		
Jan.	110,6	2,1	110,4	2,0														
Febr.	110,9	1,7	110,7	1,7														
März	111,1	1,8	110,9	1,7														
April	111,2	1,6	111,0	1,6														
Mai	111,2	1,1	111,0	1,1														
Juni	111,1	0,8	110,9	0,8														

¹ Spalte 1 – 10: Jahresdurchschnitt ² Gebietsstand seit dem 3.10.90 ³ Gebietsstand vor dem 3.10.90⁴ Bruttowochenverdienste der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁵ Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern⁶ einfaches Mittel aus dem Index der Bruttoverdienste der Arbeiter gemäß⁴ und der Angestellten gemäß⁵⁷ Die tatsächlichen Werte weichen wegen unterschiedlicher Anpassungstermine innerhalb der Jahre zum Teil etwas von den ausgewiesenen Werten ab.⁸ je Erwerbstätigen in Deutschland, ab 1996 vorläufige Werte ⁹ monatlich je Arbeitnehmer im Bundesgebiet, ab 1997 vorläufige Werte¹⁰ Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein; real: in Preisen von 1995, ab 1997 vorläufige Werte (Berechnungsstand: Frühjahr 2002)^a gegenüber dem jeweiligen Vorjahr bzw. Vorjahresmonat^b 1996 erfolgte keine prozentuale Erhöhung. Die Beamten der Bes.Gr. A erhielten lediglich eine Einmalzahlung von 300,-- DM.^c 2000 erfolgte keine prozentuale Erhöhung.Spalte 13-16: nach dem neuem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) berechnet.
Aus methodischen Gründen abweichende Werte gegenüber früher (nach alter Systematik) ausgewiesenen Werten

p vorläufiger Wert

... Angabe fällt später an

- nichts vorhanden

x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Entwicklung des Index der Einzelhandelspreise (1995 = 100) nach Wirtschaftszweigen
in der Bundesrepublik Deutschland¹

Jahr ² — Monat	Gesamtindex		Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat		Einzelhandel mit Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf		
	1995 = 100	Veränderung in % ^a	1995 = 100	Veränderung in % ^a	1995 = 100	Veränderung in % ^a	
	1	2	3	4	5	6	
1992	96,3	+ 2,7	93,8	+ 2,6	93,2	+ 2,3	
1993	98,3	+ 2,1	96,6	+ 3,0	95,8	+ 2,8	
1994	99,3	+ 1,0	98,3	+ 1,8	97,9	+ 2,2	
1995	100,0	+ 0,7	100,0	+ 1,7	100,0	+ 2,1	
1996	100,8	+ 0,8	101,3	+ 1,3	101,6	+ 1,6	
1997	101,3	+ 0,5	102,1	+ 0,8	102,8	+ 1,2	
1998	101,7	+ 0,4	103,0	+ 0,9	105,1	+ 2,2	
1999	101,9	+ 0,2	103,7	+ 0,7	107,4	+ 2,2	
2000	103,0	+ 1,1	104,3	+ 0,6	109,1	+ 1,6	
2001	104,6	+ 1,6	105,9	+ 1,5	111,2	+ 1,9	
2001	Januar	103,4	+ 1,1	104,9	+ 1,0	109,9	+ 1,3
	Februar	103,7	+ 1,1	105,3	+ 1,2	110,1	+ 1,5
	März	104,0	+ 1,3	105,5	+ 1,2	110,1	+ 1,2
	April	104,4	+ 1,8	105,6	+ 1,2	110,3	+ 1,3
	Mai	104,9	+ 2,1	105,9	+ 1,6	110,5	+ 1,4
	Juni	105,1	+ 2,2	106,0	+ 1,6	110,8	+ 1,6
	Juli	104,9	+ 2,0	106,0	+ 1,5	111,3	+ 2,0
	August	104,8	+ 1,9	106,1	+ 1,7	111,5	+ 1,9
	September	105,1	+ 1,4	106,2	+ 1,7	112,0	+ 2,4
	Oktober	105,0	+ 1,4	106,4	+ 1,8	112,2	+ 2,5
	November	104,8	+ 1,2	106,6	+ 1,9	112,4	+ 2,6
	Dezember	104,8	+ 1,3	106,7	+ 1,9	112,7	+ 2,7
2002	Januar	105,3	+ 1,8	107,2	+ 2,2	113,2	+ 3,0
	Februar	105,4	+ 1,6	107,3	+ 1,9	113,5	+ 3,1
	März	105,6	+ 1,5	107,5	+ 1,9	113,6	+ 3,2
	April	105,7	+ 1,2	107,5	+ 1,8	113,9	+ 3,3
	Mai	105,6	+ 0,7	107,5	+ 1,5	114,0	+ 3,2
	Juni	105,3	+ 0,2
	Juli
	August
	September
	Oktober
	November
	Dezember

¹ Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990

² Jahresdurchschnitt

^a Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorjahresmonat

... Angabe fällt später an

Entwicklung des Preisindex der Lebenshaltung
für alle privaten Haushalte in Deutschland (1995 = 100)
hier: Heizöl und Kraftstoffe

Jahr ²	Heizöl und Kraftstoffe		
	1995 = 100	Veränderung in % ^a	
	1	2	
1992	93,8	1,4	
1993	94,6	0,9	
1994	101,4	7,2	
1995	100,0	- 1,4	
1996	106,4	6,4	
1997	109,5	2,9	
1998	101,7	- 7,1	
1999	110,7	8,8	
2000	138,0	24,7	
2001	137,4	- 0,4	
2001	Januar	133,4	4,3
	Februar	140,1	8,6
	März	139,0	2,7
	April	141,8	10,3
	Mai	147,7	13,6
	Juni	145,1	4,3
	Juli	138,5	- 0,6
	August	137,1	- 0,9
	September	140,4	- 8,2
	Oktober	132,2	- 9,8
	November	127,7	- 13,1
	Dezember	125,2	- 11,4
2002	Januar	129,1	- 3,2
	Februar	130,7	- 6,7
	März	136,1	- 2,1
	April	142,6	0,6
	Mai	139,6	- 5,5
	Juni

¹ Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990

² Jahresdurchschnitt

^a Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorjahresmonat

... Angabe fällt später an

x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Kennziffern zur Entwicklung der Lebenshaltung in Deutschland¹
aus dem Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte (1995 \triangleq 100)

Jahr ²	Gesamtindex		Darunter nach ausgewählten Gruppen										
			Wohnungsmiete ³		Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen						Kraftfahrer-Preisindex		
	insgesamt				Verpflegungs-dienstleistungen		Beherbergungs-dienstleistungen						
	1995 \triangleq 100	Veränderung in % ^a	1995 \triangleq 100	Veränderung in % ^a	1995 \triangleq 100	Veränderung in % ^a	1995 \triangleq 100	Veränderung in % ^a	1995 \triangleq 100	Veränderung in % ^a	1995 \triangleq 100	Veränderung in % ^a	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
1992	91,6	5,0	-	-	91,3	5,1	-	-	-	-	91,1	5,7	
1993	95,7	4,5	-	-	96,3	5,5	-	-	-	-	95,2	4,5	
1994	98,3	2,7	-	-	98,6	2,4	-	-	-	-	98,8	3,8	
1995	100,0	1,7	100,0	x	100,0	1,4	100,0	1,9	100,0	1,1	100,0	1,2	
1996	101,4	1,4	103,2	3,2	101,1	1,1	101,2	1,2	100,7	0,7	101,5	1,5	
1997	103,3	1,9	105,8	2,5	102,1	1,0	102,4	1,2	101,1	0,4	103,4	1,9	
1998	104,3	1,0	107,0	1,1	103,6	1,5	104,1	1,7	101,6	0,5	103,1	-0,3	
1999	104,9	0,6	108,1	1,0	104,9	1,3	105,5	1,3	102,3	0,7	106,2	3,0	
2000	106,9	1,9	109,4	1,2	106,2	1,2	106,7	1,1	103,7	1,4	112,9	6,3	
2001	109,6	2,5	110,6	1,1	108,0	1,7	108,5	1,7	105,6	1,8	116,7	3,4	
2001	Januar	108,3	2,4	110,0	1,2	106,0	1,5	107,4	1,3	99,3	2,7	114,8	3,7
	Februar	109,0	2,6	110,1	1,1	106,6	1,2	107,8	1,3	100,7	0,6	117,0	5,6
	März	109,1	2,5	110,2	1,1	106,4	1,4	108,0	1,4	98,8	1,5	117,0	4,1
	April	109,5	2,9	110,3	1,1	107,4	1,4	108,1	1,5	104,2	1,2	117,8	6,1
	Mai	110,0	3,5	110,4	1,1	107,5	1,8	108,2	1,6	104,2	3,4	119,4	7,5
	Juni	110,2	3,1	110,6	1,1	108,6	2,2	108,4	1,7	109,6	4,5	118,4	4,0
	Juli	110,2	2,6	110,7	1,1	110,8	1,7	108,6	1,8	121,2	1,8	116,9	2,7
	August	110,0	2,6	110,8	1,2	110,7	1,6	108,8	1,8	120,0	0,6	116,6	3,0
	September	110,0	2,1	110,9	1,2	108,2	1,7	108,9	1,9	104,9	1,1	117,2	1,9
	Oktober	109,7	2,0	111,0	1,2	108,5	1,9	109,1	2,0	105,3	1,3	115,6	1,3
	November	109,5	1,7	111,1	1,2	107,4	2,1	109,4	2,2	98,0	1,6	115,0	0,3
	Dezember	109,6	1,7	111,2	1,3	108,0	2,1	109,5	2,2	100,7	1,5	114,8	1,1
2002	Januar	110,6	2,1	111,5	1,4	109,9	3,7	111,6	3,9	101,7	2,4	116,2	1,2
	Februar	110,9	1,7	111,6	1,4	110,4	3,6	111,9	3,8	103,4	2,7	117,0	0,0
	März	111,1	1,8	111,9	1,5	110,3	3,7	112,2	3,9	101,1	2,3	118,3	1,1
	April	111,2	1,6	111,9	1,5	110,8	3,2	112,2	3,8	103,9	-0,3	120,0	1,9
	Mai	111,2	1,1	112,0	1,4	111,9	4,1	112,4	3,9	109,5	5,1	119,2	-0,2
	Juni	111,1	0,8

¹ Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990

² Jahresdurchschnitt

³ einschl. Mietwert von Eigentümerwohnungen

^a Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorjahresmonat

... Angabe fällt später an

x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Jahresbezüge der Beamten

- Endgrundgehalt, Ortszuschlag Stufe 3 (verheiratet, 1 Kind) einschließlich 13. Monatsgehalt, aber ohne Stellenzulage und Urlaubsgeld -

Zeitpunkt des Inkrafttretens der Besoldungserhöhung

Besoldungsgruppe	1.1.1986	1.1.1987	1.3.1988	1.1.1989	1.1.1990	1.3.1991	1.5.1992	1.5.1993	1.10.1994 ^a	1.5.1995	1.3.1997 ^b	1.1.1998	1.6.1999	2000 ^c	2001
	in EUR														
A 16 (Min.rat/ Ltd. Direktor)	48.150	49.788	50.982	51.696	52.575	55.729	58.739	60.501	61.711	63.687	64.514	65.482	67.381	67.381	68.594
A 15 (Direktor)	43.312	44.784	45.859	46.501	47.292	50.130	52.836	54.422	55.510	57.287	58.032	58.902	60.611	60.611	61.702
A 14 (Oberrat)	38.458	39.766	40.720	41.290	41.992	44.512	46.916	48.323	49.290	50.867	51.529	52.302	53.818	53.818	54.787
A 13 (Rat)	34.817	36.001	36.865	37.381	38.017	40.297	42.474	43.748	44.623	46.051	46.650	47.350	48.723	48.723	49.600
A 12 (Amtsrat)	31.412	32.480	33.260	33.725	34.298	36.356	38.320	39.470	40.259	41.548	42.088	42.719	43.958	43.958	44.749
A 11 (Arztmann)	28.550	29.521	30.229	30.652	31.174	33.044	34.829	35.874	36.591	37.762	38.253	38.827	39.953	39.953	40.672
A 9 (Inspektor)	22.963	23.743	24.313	24.653	25.073	26.577	28.012	28.853	29.430	30.372	30.767	31.229	32.134	32.134	32.712
A 5 (Assistent) ¹	16.983	17.560	17.982	18.233	18.543	20.128	21.425	22.068	22.510	23.230	23.532	23.884	24.577	24.577	25.019

1980 $\hat{=}$ 100

Für alle Besoldungsgruppen gleich	117,7	121,7	124,6	126,4	128,5	136,3	143,6	147,9	150,9	155,7	157,7	160,1	164,7	164,7	167,7
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %														
Für alle Besoldungsgruppen gleich	3,5	3,4	2,4	1,4	1,7	6,0	5,4	3,0	2,0	3,2	1,3	1,5	2,9	c	1,8

Quelle: Amtsblatt Schleswig-Holstein

¹ ab 1991 einschließlich eingearbeiteter Harmonisierungszulage

^a Besoldungserhöhung wirksam am 1.1.95

^b 1996 erfolgte keine prozentuale Erhöhung. Die Beamten der Bes.Gr. A erhielten lediglich eine Einmalzahlung von 300,- DM.

^c 2000 erfolgte keine prozentuale Erhöhung.

**Prognose zur
Anpassung der
Mitarbeiterkostenerstattung
gem. § 9 Abs. 3 und 4 SH AbgG**

Beträge in Euro:	Tarif 2002 DM	gezahlt 2002 DM	gezahlt 2002 Euro	Tarif 2002 Euro	Prognose 2003
	bis 10/02	bis 10/02	1,95583	bis 10/02	
Vollzeit-Gehalt (38,5 Std.) BAT					
Endstufe Vlb, verfh., 1 Kind, bei 10 Wo. Stunden		1.233,77	630,82	618,17	618,17
Tarifierhöhung	(+2,2%)=	0,00	0,00%	0,00%	3,00%
Gehalt ffd. Jahr		1.233,77	630,82	618,17	636,72
ant. Url.geld, bei 10/38,5 Wo-Std.	650,00	14,07	332,34	7,19	332,34
Kindergeld pro Jahr	50,00				
anteiliges Weihnachtsgeld	89,62%	96,31	89,62%	44,20	85,80%
Gesamtbrutto		1.344,15	685,12	669,56	689,44
zuzügl. Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung:					
Rentenversicherung	9,65%	129,71	9,55%	63,94	9,65%
Krankenversicherung	7,00%	94,09	7,25%	48,54	7,25%
Pflegeversicherung	0,85%	11,43	0,85%	5,69	0,85%
Arbeitslosenversicherung	3,25%	43,68	3,25%	21,76	3,25%
AG-Sozialversicherung insgesamt:	20,75%	278,91	20,90%	139,93	21,00%
Verwaltungs- BG pro Jahr/Mon.	185,00	15,42	81,00	6,75	85,00
Gesamtbeitrag		1.638,47	835,06	816,24	841,30
Erhöhung in % zum Vorjahr	0,00%	0,00%			0,75%
Mitarbeiterkostenerstattung		1.645,00	841,08		855,00
Erhöhung in % zum Vorjahr		0,00%			1,66%
Pro Jahr und Mitarbeiter		19.740,00	10.092,96		10.260,00

Hinweise zur Prognose 2003:

Geschätzte Anhebung des Vergütungstarifvertrages um 3 % ab 1.11.2002 von 618,17 Euro auf 636,72 Euro

Berücksichtigung des Kindergeldes erfolgt bei der pers. Steuererklärung

Reduzierung des Weihnachtsgeldes von 89,62% auf 85,8%

Vorraussichtliche Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrages um 0,20 %

(von 19,10 % auf 19,30 %, AG-Anteil steigt von 9,55 % auf 9,65 % = 0,10 %)

Vorraussichtliche Erhöhung des Beitrages zur Verwaltungsbetriebsgenossenschaft

um 4,00 Euro (von 81,00 auf 85,00 Euro),

Empfohlene **Anhebung** der Mitarbeiterkostenerstattung

ab Januar 2003 um 14,00 Euro auf 855,00 Euro